China hat keinen Anspruch auf Inseln im Südchinesischen Meer

Autor(en): [s.n.]

Objekttyp: Article

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz

Band (Jahr): 91 (2016)

Heft 9

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-737876

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek* ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

China hat keinen Anspruch auf Inseln im Südchinesischen Meer

China hat keine Hoheitsansprüche auf Inseln im Südchinesischen Meer. Das entschied das Schiedsgericht in Den Haag am 13. Juli 2016. China beansprucht mehr als 80% des drei Millionen Quadratkilometer grossen Gebietes für sich – auch Regionen in der Nähe der Philippinen. Chinas Ansprüche wiesen die fünf internationalen Richter scharf zurück.

Es gebe keine Grundlage dafür, dass die Volksrepublik historische Rechte auf die Ressourcen in dem Seegebiet beanspruche, heisst es im Schiedsspruch.

«Das Gericht kam zum Schluss, dass China keine Rechte in den Seegebieten beanspruchen kann, die in die Neun-Striche-Linie fallen.»

Ominöse Neun-Striche-Linie

Die Neun-Striche-Linie ist eine Markierung auf einer Karte aus den 40er-Jahren, mit der China den Anspruch auf das strategische Meer begründet.

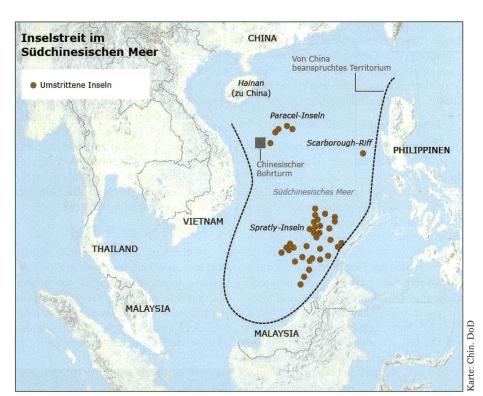
Der Schiedshof gab damit nach mehrjähriger Verhandlung einer Klage der Philippinen Recht. Es ist das erste internationale Urteil in dem Streitfall. Das Urteil könnte zu neuen Spannungen führen. Das Südchinesische Meer ist von strategisch zentraler Bedeutung.

- Es bildet eine wichtige Verbindung für den Welthandel, namentlich nach China, Japan, Nord- und Südkorea.
- In der Region befinden sich höchst reichhaltige *Fischgründe*.
- Vermutet werden ebenso grosse, bisher nicht genutzte Öl- und Gasfelder.

China rundweg gegen Urteil

China akzeptiert den Schiedsspruch des Schiedsgerichts nicht. Das Aussenministerium in Peking nannte das Urteil «null und nichtig». Die Volksrepublik werde die Entscheidung weder «akzeptieren noch anerkennen». Bereits vor dem Urteil hatte der Sprecher des Ministeriums, Hong Lei, betont, das Gericht habe keine Zuständigkeit und dürfe den Fall nicht verhandeln.

Chinas Position begründete der Sprecher mit internationalem Recht. Ein Schiedsspruch über territoriale Souveränität über Inseln oder Riffe im Südchinesischen Meer gehe über die Zuständigkeit der Uno-Seerechtskonvention hinaus und betreffe nicht die Interpretation des internationalen See-



Das Südchinesische Meer mit dem umstrittenen Scarborough-Riff und den ebenso strittigen Paracel- und Spratly-Inseln. Gestrichelt der Anspruch der Chinesen.

rechts. Tatsächlich kann die permanente Schiedsstelle nicht in Territorialstreitigkeiten entscheiden

Sind das tatsächlich Inseln?

Das hatten die Philippinen auch nicht beantragt. Sie hatten 2013 ein Schlichtungsverfahren vor dem Ständigen Schiedshof in Den Haag gegen China eingereicht. Seit 2014 werden sie dabei von Vietnam unterstützt. Beide Staaten stellen den Anspruch der Volksrepublik auf weite Teile des rohstoffreichen Meeres in Frage.

Bei ihrer Klage ging es darum, ob umstrittene Formationen tatsächlich Inseln sind, so wie China behauptet. China hätte damit eine exklusive Meereszone. Die Philippinen argumentierten, dass es nur Felsen sind, von denen kein Anspruch auf Territorialgewässer ausgehe. Nach Ansicht der Philippinen gehören die Erhebungen (nur bei Ebbe zu sehen) zu ihrem Festlandsockel. In der Konsequenz wäre die Besetzung der Gebiete durch China nach dem Seerechtsabkommen Unclos illegal.

Souveränität grob verletzt

Der Ständige Schiedshof urteilte, China habe «die Souveränitätsrechte der Philippinen in deren exklusiver Wirtschaftszone grob verletzt», indem es

- sich in die philippinische Fischerei und Ölförderung eingemischt,
- künstliche Inseln errichtet und
- chinesische Fischer zum Fischfang in dem Gebiet entsandt habe. spi.